































MVZ & Telematik Infrastruktur

Praktisches Problem

- Bei der Implementierung der Telematik- Infrastruktur (TI) sind MVZ als komplexe Strukturen bei der Re-Finanzierung in vielen Fällen auf sich gestellt
- wie auch bei vielen anderen Regelungen im EBM und den allgemeinen Normenwerken werden zur klassischen BAG alternative Organisationsformen nicht berücksichtigt
- je Hauptbetriebsstätte werden maximal drei stationäre Kartenterminals erstatten - bei den mobilen agieren die KVen unterschiedlich
 - → d.h. MVZ mit mehreren Fachrichtungen und dezentraler Anmeldung erhalten allenfalls eine ansatzweise Kostenerstattuna
- ähnliches gilt für die anderen Ausstattungskomponenten, die komplexe Strukturen in vielfacher Zahl anschaffen müssen



Forderung

 Neben Einzelpraxis und BAG müssen auch die MVZ als komplexe Regelstruktur der ambulanten Versorgung adäquat Berücksichtigung finden

> (Als Kooperationsform, die sich aus Hauptbetriebsstätten zusammensetzt, sind Ärztenetze hier klar im Vorteil.)

MVZ & Finanzierung

- es kann nicht sein, dass durch benachteiligende
 Finanzierungsregelungen in der ambulanten Versorgung das
 MVZ als fachübergreifende Regelversorgungsform gezielt unwirtschaftlich gemacht wird
- Ärztenetze etwa sind hier im Vorteil, da die Kooperation auf der klassischen Einzel- oder Gemeinschaftspraxis aufbaut – zusätzlich können sie Fördergelder für den notwendigen Kooperationsaufwand beantragen
- hier wird mit zweierlei Maß gemessen

Reformvorschlag

- die vorgestellte Problemlage ergibt sich vollständig daraus, dass die Behandlungsfallzählung zur Basis der RLV-Systematik gewählt wurde
- die Rückkehr zur Arztfallzählung ist daher dringend geboten und würde auch das komplizierte Zuschlagssystem für MVZ völlig überflüssig machen
- als Kompromiss tritt der BMVZ seit Jahren für die Einführung des Fachgruppenfalls ein, der Elemente der Artfallzählung (bei fachübergreifender Kooperation) mit der der Behandlungsfallzählung (bei fachgleicher Kooperation) kombiniert
- als "Arztgruppenfall" hat dieses Konzept im Rahmen der TSVG-Vergütungsreize eine erste Anwendung gefunden



Forderung

- grundsätzlich müssen alle Reformschritte bei GOÄ, EBM & HVM auch auf ihre systematischen Folgen für (fachüber-greifende) Kooperationen geprüft werden
- die angemessene Berücksichtigung von Kooperationen, wie in § 87b Abs. 2 SGB V gefordert, muss tatsächlich umgesetzt werden und darf sich nicht – wie bei der Behandlungsfallzählung samt Kooperationszuschlag - auf formelhafte "Zugeständnisse" mit negativer Wirkung beschränken

